

DIE LINKE - einzige Anti-Hartz-IV-Partei!

Von Dr. Dagmar Enkelmann

Hartz IV muss weg. Dieser Forderung ist DIE LINKE seit 2005 treu geblieben. Immer wieder bestätigen Forscher, unabhängige Institute und selbst der eigens von der Regierung angefertigte Armuts- und Reichtumsbericht, dass die Armut in Deutschland zunimmt. Die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen wird seit gut zehn Jahren rasant größer.

Jüngstes Beispiel ist eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Darin weisen die Wissenschaftler nach, dass die zunehmende Armut in Deutschland vor allem auf das Hartz-IV-System zurückzuführen ist. Weil die Menschen erst ihre Ersparnisse aufbrauchen müssen, um staatliche Hilfen zu bekommen, hätten immer weniger Menschen „finanzielle Polster“. Das treffe laut DIW vor allem die Älteren. Kein Wunder, dass das Vermögen der Reichen in den letzten Jahre entsprechend stieg: Nach dem DIW verfügt das wohlhabenste Zehntel der Bevölkerung über zwei Drittel des privaten Vermögens. DIE LINKE setzt sich deshalb seit ihrer Gründung konsequent für eine Abschaffung dieser menschenunwürdigen Sozialreform ein. Wir fordern eine sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und treten für angemessene Freibeträge ein. Zudem muss der Zwang zu arbeiten des Schröderschen „Forderns und Förderns“ beendet werden. Arbeitslose dürfen in diesem Land nicht länger stigmatisiert und diskriminiert werden. Die „Sozialschmarotzerkampagne“ von Rot-Grün und jetzt von Rot-Schwarz ist nicht erst angesichts des verantwortungslosen Verhaltens unzähliger Unternehmer und Banker ad absurdum geführt worden. Mit ihrem Vorschlag einer sozialen Mindestsicherung ist DIE LINKE die einzige Partei in Deutschland, die sich konsequent für eine sofortige Abschaffung von Hartz IV einsetzt. Dabei geht es nicht um ein Hartz-IV-Light, sondern um eine wirkliche Alternative. Neben der besagten sofortigen Regelsatzanhebung, der Abschaffung von Zwangsmaßnahmen und der Einführung von Freibeträgen muss aber auch Platz und Zeit sein, längerfristig über grundsätzliche strukturelle Veränderungen nachzudenken. Dabei sind Diskussionen über ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) sicherlich produktiv und anregend. Doch diese Diskussionen müssen von der gesamten Partei und nicht ausschließlich von der Bundestagsfraktion geführt werden. In der aktuellen Debatte geht es aber vor allem darum, den Betroffenen schnell zu helfen. Mit der derzeit vorgeschlagenen bedarfsorientierten Mindestsicherung der Fraktion DIE LINKE soll deshalb eine realistische, schnell umsetzbare Alternative geschaffen werden. Diese Forderungen der LINKEN, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit in diesem Land

beitragen, sind in einem Entschließungsantrag (Bundestags-Drs. 16/11367) festgehalten. Diesen hat DIE LINKE Ende Januar in die Beratungen zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eingebracht.

Wenn im September gewählt wird, dann muss klar sein, dass die Entscheidung für eine Partei auch eine Entscheidung für oder gegen Hartz IV ist. Dabei steht die LINKE alternativlos für mehr Gerechtigkeit und gegen eine weitere Verarmung Deutschlands.